

Schwerpunkte schweizerischer Gewerbepolitik

Autor(en): **Kamber, M.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse**

Band (Jahr): **55 (1982)**

Heft [10]

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-852085>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schwerpunkte schweizerischer Gewerbe- politik

*Referat von M. Kamber, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes,
anlässlich des Schweizerischen Gewerbekongresses vom 16. September 1982*

Die Weltwirtschaft wird durch Krisen erschüttert. Medien erschrecken eine empfindliche Öffentlichkeit mit dem Gespenst von Betriebsschliessungen und Entlassungen. Die Arbeitslosenziffern haben in vielen führenden Industrienationen bedrohliche Ausmasse angenommen. Regierungen aller Schattierungen greifen verzweifelt ins Räderwerk der Wirtschaft. Hüben und drüben heiligt der Zweck die Mittel. Erfolglos wird der Wert stabilen Geldes fragwürdigen Beschäftigungstherapien geopfert. Wirtschaftsgiganten verlangen nach staatlichen Aufputzmitteln. Drogensucht grassiert allüberall. Wirtschaftsprognosen stehen auf wackeligen Füßen und niemand schenkt ihnen echt Vertrauen. Die Wissenschaftler verstricken sich in der bedrohlichen Lage in ratlose Kontroversen.

*

Die schweizerische Volkswirtschaft präsentiert im internationalen Vergleich ein noch recht günstiges Bild. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Abhängigkeit werden allerdings kaum einen Sonderfall Schweiz auch hier zulassen. Immerhin ist es bis jetzt gelungen, nicht in den Strudel von Krise, Arbeitslosigkeit und Inflation zu geraten.

Das Gewerbe nimmt einen entscheidenden Anteil dieser positiven Feststellung für sich in Anspruch. Die dezentrale sowie klein- und mittelbetriebliche Struktur unserer Wirtschaft hat uns zusammen mit einer vernünftigen Geldmengenpolitik vor der Epidemie der Stagflation bewahrt. Die offenbar recht konjunkturresistente Struktur unserer Wirtschaft ist aber nicht durch staatliche Dekrete gemacht worden! Sie ist vielmehr nach andern Gesetzen, nämlich denjenigen des freien Marktes gewachsen.

*

Diese Struktur ist keine Selbstverständlichkeit. In stetem, unaufhörlichem und heftigem Wandel begriffen, fordert sie täglich ihre Opfer: Betriebsaufgabe, Liquidation, Konkurs. Was desinteressiert als Ereignis des kleinen Familienbetriebes wie zwangsläufiges Schicksal eingestuft wird, erschreckt in grösserer Dimension eine alarmierte Öffentlichkeit. Und der sonst beklatschte Strukturwandel wird plötzlich zum Ungeheuer unbewältigter Technologie, zum unmenschlichen Jobkiller, zur mikroelektronischen Wegrationalisierung.

*

Kleine und mittlere Betriebe haben und werden sich immer wieder durch ausgeprägten Ueberlebenswillen auszeichnen. Die wirtschaftliche Einheit zwischen Familie und Betrieb zwingt dazu. Angeborener Leistungswille der Unternehmer und berufliche Leidenschaft verpflichten dazu. Das Fehlen eines bürokratischen Wasserkopfes in der Unternehmung unterstützt diesen Willen. Motivierte Mitarbeiter erleichtern die Aufgabe. Und schlechte Zeiten sind in Klein- und Mittelbetrieben immer wieder auch durch materiellen Verzicht, durch Engerschnallen des Gürtels in Familie und Betrieb durchgestanden worden. Auf diese Weise hat die gewerbliche Unternehmung ihre Chance der Beweglichkeit, der Anpassung von jeher wahrgenommen. Deshalb auch wird ihr besondere Konjunkturresistenz zugemutet.

Dies darf nicht ohne Stolz auch einmal festgehalten werden, obschon Presse und Fernsehen lieber von spektakulären Agonien und Todesfällen berichten.

*

Und dennoch: Das Gewerbe scheint plötzlich ins progressive Weltbild moderner Oekonomie zu passen: Small is beautiful, demokratische Betriebsformen, umweltfreundliche Produktion, berufsbildungsfreundliches Umfeld, kundennahe Reparaturbereitschaft, energiesparende Fertigung, personalintensive Arbeitsplatzsicherung, humanisierte Arbeitswelt, Träger qualitativen Wirtschaftswachstums, handwerkliche Berufsbefriedigung, fehlende Marktmacht. Die Sympathie gilt dem Schwächeren, zumindest die verbale. Wir vom Gewerbe sind offensichtlich «in», nur hat es eine breite Oeffentlichkeit noch nicht bewusst zur Kenntnis genommen.

*

Ich stelle dies vielleicht mit einer gewissen Ironie, aber ohne Bedauern fest. Wir wollen nicht auf der Welle romantisch-ideologischer Nostalgie reiten. Wir wollen nicht ein Stück Heimatmuseum sein. Vielmehr versuchen wir, allen Schwierigkeiten zum Trotz ohne staatliche Schirmherrschaft ein leistungsfähiger Teil unserer dynamischen Marktwirtschaft zu bleiben, der geölte Funktionsfähigkeit auch ohne Schmiernippel öffentlicher Subventionen unter Beweis zu stellen vermag, wenn nicht gerade deshalb.

*

Gegen aussen wird vielleicht gar nicht ersichtlich, wie heftig und brutal der Strukturwandel ist, der sich hinter solchen Bekenntnissen zu staatlicher Unabhängigkeit abspielt. Schweizerische Gewerbepolitik bedeutet demnach,

- erstens Wandel und Veränderungen in unserer Wirtschaft nicht – obschon wir uns in gehobener Gesellschaft befinden würden – durch staatliches «Unter die Arme greifen» aufhalten zu wollen und
- zweitens, den Prozess und die Ergebnisse struktureller Veränderungen nicht nur in einer negativen Optik zu betrachten, sondern den Strukturwandel immer und vielleicht sogar an erster Stelle auch als Chance zu sehen; als Chance für andere Tätigkeiten, als Chance für neue Betriebe, als Chance für unternehmerische Phantasie und Kreativität.

*

Es ist nicht in allen Zeiten einfach, diese illusionsfreie These zu leben und konsequent durchzuhalten. Viel populärer ist es, Regierungen an ihre Beschützerrolle zu erinnern, der ordnenden Hand des Staates zu rufen, die Politiker mit Appellen an ihre Verantwortung für die Kleinen und Schwachen zu erweichen. Muss man aber in den eigenen Reihen sagen, Hilfe vom «Grossen Bruder» sei nicht zu erwarten und die einzige Ueberlebenschance sei die bereits arg strapazierte eigene Kraft, dann wird der Bedrohte für Grundsätzlichkeit wenig Verständnis aufbringen und seinem Verband kein Lob spenden.

*

Umso mehr muss mit allem Nachdruck gefordert werden, dass der wirtschaftliche Nährboden in unserem Land nicht durch übersteuerte Sozialpolitik, durch modernistische Marktfeindlichkeit, durch exorbitante Fiskalbelastung und durch eine aufgeblähte Bürokratie ausgelaugt wird. Wenn die politische Führung in unserem Land erwartet, das Gewerbe solle seine arbeitsplatzsichernde Konjunkturresistenz aufrechterhalten, dann brauchen wir auch eine Marktwirtschaft, in welcher es immer noch einen unternehmerischen Freiraum gibt. Intelligenz, Erfindungsreichtum, Weiterentwicklung, Phantasie, das alles findet seinen Ursprung nicht in erster Linie in Forschungslaboratorien, sondern in eben diesem unternehmerischen

Freiraum. Wenn das Gewerbe die Zukunft in seiner schwierigen Wirtschaftsumgebung erfolgreich bestehen soll, dann brauchen wir eine Marktwirtschaft, in welcher das Risiko belohnt wird, in welcher der Gewinn denjenigen Stellenwert hat, der ihm nach ökonomischen Gesetzmässigkeiten und nicht nach ideologischen Verblendungen zukommt. Wenn man in das Gewerbe eine so anspruchsvolle Erwartungskonstante setzt, dann brauchen wir eine Wirtschaft, in welcher die Leistung belohnt und nicht bestraft wird, dann brauchen wir eine Wirtschaft, in welcher die Bereitschaft zu Verantwortung gefördert und nicht behindert wird. Ich bin der Ueberzeugung, dass es in unserem Land wie in diesem Saal viele Gewerbler gibt, die der festen Auffassung sind, dies seien naive Illusionen in einem Kongressreferat; denn die politische Realität habe den Rahmen dieses Wunschbildes schon längst gesprengt.

*

Zweifel darüber sind in der Tat gerechtfertigt. Es stellt sich einmal die Frage, wie viel Staat in gewerblicher Optik denn überhaupt erträglich ist. Denn jede Ausweitung staatlicher Präsenz bedeutet automatisch eine Einschränkung des unternehmerischen Freiraums. Nota bene: Ein Freiraum, der durch die Unternehmer sinnvoll genutzt und gestaltet werden soll, um unsere wirtschaftliche Zukunft sicherzustellen.

*

Die laufend zunehmende Regulierungsdichte wird nicht nur durch das Gewerbe beklagt, sie bemisst sich nicht nur nach der Anzahl von Gesetzen und Verordnungen, sie äussert sich nicht nur in immer umfangreicher werdenden Formularen und Fragebogen, sie ist vielmehr das zwangsläufige Produkt von Bürokratie. Der gewerbliche Unternehmer, dem das Werkzeug besser in der Hand liegt als die Schreibfeder, reagiert auf Bürokratie besonders kritisch. Sie ist für ihn der Gessler-Hut des 20. Jahrhunderts. Er empfindet sie oft als obrigkeitliche Arroganz, als überflüssigen Leerlauf, als unproduktive Anmassung. Und je intensiver diese Regulierungsdichte wird, je gespreizter sich diese Bürokratie im Haus des Gewerblers aufstellt, umso grösser wird die Distanz zwischen ihm und dem Staat. Deswegen den Vorwurf eines gestörten Verhältnisses des Gewerbetreibenden zum Staat zu erheben, ist zu simpel. Da müssen diejenigen, die glauben, es sei fast alles durch Dekrete machbar, schon eine etwas selbstkritische Sonde ansetzen.

*

«Je mehr das Prinzip des Wohlfahrtsstaates ausgedehnt wird, umso näher rückt der Augenblick, da die riesige Pumpmaschine zu einer Täuschung für alle wird, zu einem Selbstzweck, der eigentlich niemandem mehr recht dient ausser den davon lebenden Maschinisten der Sozialbürokratie, die natürlich ein Interesse daran hat, diesen Sachverhalt zu verschleiern.» Diese Aussage hat Wilhelm Röpke in «Jenseits von Angebot und Nachfrage» genau vor einem Vierteljahrhundert gemacht.

*

Heute sind wir so weit. Nach unesrer Ueberzeugung sind die schweizerischen Sozialwerke mit dem Inkraftsetzen des Obligatoriums der beruflichen Vorsorge genügend ausgebaut. Die heikle Grenzziehung zwischen notwendigem sozialem Netz und sozialer Hängematte soll hier nicht ausgelotet werden. Aber eines ist sicher. Die durch alle politischen Parteien verkündete Populärformel, nun gelte es noch, die bestehenden Lücken zu schliessen, können wir nicht unterschreiben. Denn sogenannte Lücken entdeckt der eifrige Sucher immer wieder, nur haben diese nicht mehr mit Sozialpolitik zu tun, sondern mit Umverteilungspolitik. Wir wollen

uns dem sozialen Schutz der Schwachen nicht entziehen, aber es geht nicht an, die Definition der Schwachen permanent zu ändern und immer wieder neuen Zielen der Ideologie zu unterstellen. Das Gewerbe verlangt nun endlich eine Pause im sozialpolitischen Dauerlauf, die der finanziellen Konsolidierung der geschaffenen Sozialwerke zu dienen hat. Ein Blick über die Landesgrenzen zeigt in aller Deutlichkeit, dass grossspurige Sozialversprechen sehr rasch und kläglich den Krebsgang antreten müssen, wenn die Kasse nicht mehr stimmt. Die gewerblichen Unternehmer fühlen sich zu diesem Ruf nach einem Marschhalt in besonderem Masse legitimiert, weil die Personalintensität unserer Betriebe – und damit auch ihr grosser Beitrag an die Arbeitsplatzsicherung – bewirkt, dass es eben gerade sie sind, die einen überproportional hohen Anteil an der Finanzierung unserer Sozialwerke zu tragen haben. Nur Ignoranz oder bewusst Uneinsichtigkeit kann den Ruf nach einem wirklichen Stopp als sozialpolitische Rückständigkeit abqualifizieren.

*

Obschon Bürokratie den Gewerbetreibenden ärgert und Sozialprotekte ihn in angespannten Konkurrenzverhältnissen schwer drücken, bleibt die Finanzpolitik des Staates im Zentrum seines politischen Interesses.

Eine letzten Monat veröffentlichte Studie des Bundesamtes für Statistik bestätigt uns nun wissenschaftlich abgesehen, was wir vom Gewerbe aus schon lange beklagen:

1. Die Einnahmen und Ausgaben des Staates sind mit einer Verfünffachung in den zwei letzten Jahrzehnten weit stärker gewachsen als das Bruttosozialprodukt. Die Staatstätigkeit hat also disproportional zugenommen.
2. Wachstum von Bruttosozialprodukt und Wachstum von Staatstätigkeit sind erst seit 1977 einigermaßen gleichförmig, aber eben: immer noch wachsend. Aushungerung des Staates und ähnliche Wehklagen aus dem Finanzdepartement sind also völlig deplaziert.
3. Es sind vor allem die Ausgaben, die der Wirtschaftsentwicklung davonrannten; weil der Staat sogar das Geld umverteilt, das er gar nicht hat.

Der Bundesrat hat zweifellos den Willen, den Finanzausgleich zu suchen. Die Debatten über die breite Palette neuer Steuern zeigt aber leider, dass dieser Ausgleich in erster Linie über den Weg neuer Einnahmequellen gesucht wird. Das Gewerbe wird eine solche Finanzpolitik auch in Zukunft bekämpfen. Die öffentliche Hand hatte 1980 bei einem Bruttosozialprodukt von 177 Mrd. über 46 Mrd. Franken Einnahmen, die zu einem immer grösser werdenden Teil zu Konsumzwecken ausgegeben werden. Heute bringen wir jeden vierten Schweizerfranken ins Schloss, und nicht nur jeden zehnten.

Ich weiss, der Vergleich ist nicht haltbar; aber er ist ein Anknüpfungspunkt zu staats- und finanzpolitischen Postulaten.

- Eine respektable und damit eine auch zu respektierende Mehrheit in unserem Land verlangt die Subsidiarität des Staates. Wir müssen endlich zur Einsicht zurückfinden, dass nicht die Staatsleistung die normale Form der Befriedigung sämtlicher möglicher und unmöglicher Bedürfnisse ist. Wenn wir wieder etwas vom nun zur Genüge erprobten Fiskalsozialismus wegkommen, dann gleichen sich auch die Rechnungen der öffentlichen Haushalte wieder aus. Das Gewerbe will ausdrücklich keinen Leistungsstaat. Wir empfinden es als Provokation, dass

Leistung der Wirtschaft verketzert, im gleichen Atemzug aber Leistung des Staates an allen Ecken und Enden erbracht wird.

- Eine respektable Mehrheit in unserem Land dürfte mit den geschaffenen Sozialwerken zufrieden sein, und die langfristige, finanzielle Konsolidierung fragwürdigen Neuerungen vorziehen. Sie hätte auch Verständnis dafür, wenn in unseren Sozialversicherungen – nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip – Anreize geschaffen würden, Versicherungsleistungen nicht in Anspruch zu nehmen.
- Und noch ein letzter, wenn auch hoffnungsloser, Appell an die Bürokratie. Sie möge doch bedenken, dass wir nicht für den Staat da sind, sondern der Staat für uns.

Ich habe mich in der Schilderung des gewerblichen Verhältnisses zum Staat auf Prinzipien beschränkt. Ich hätte auch konkreter werden können, mit Beispielen aus der Kartellpolitik, aus der Bildungspolitik, aus dem Submissionswesen, mit kritischen Hinweisen auf die öffentliche Hand in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber illustrieren müssen. Obschon auch diese Berührungspunkte unser Verhältnis zum Staat prägen und zum Teil belasten, will ich sie dem politischen Tagesgeschehen überlassen und eine übergeordnete Forderung an den Schluss meiner Ausführungen stellen.

*

Auf der politischen Prioritätsliste nimmt die Sicherung der Arbeitsplätze den ersten Rang ein. Wir sind mit dieser Einstufung einverstanden. Aber auch Arbeitsplatzsicherung verlangt nach Kausaltherapie. Man kann nicht erwarten, dass die Unternehmer investieren, wenn sie dafür mit hohen Steuern und administrierten Preisen bestraft werden. Man kann nicht den persönlichen und finanziellen Einsatz der Unternehmer fordern, wenn ständig Eigentumsrechte ausgehöhlt und Gewinne wegbesteuert werden. Man kann nicht auf wirtschaftliche Aktivität hoffen, wenn diese durch überflüssige Bürokratie verteuert und erschwert wird. Man kann nicht die Aussteiger-Mentalität hochjubeln und vom Unternehmer Sonderanstrengungen zur Krisenbewältigung verlangen. Man kann nicht mit Sozialabgaben rechnen, wie sie in dieser Höhe nur im Leistungssystem erbracht werden und gleichzeitig die Wirtschaftsordnung umkremeln.

Wir leben in einer Gesellschaft und in einer Zeit, die in allen Lebenslagen auf Sicherheit bedacht ist. Dazu gehört auch der gesicherte Lohn des Arbeitnehmers. Demgegenüber ist der Weg zur Selbständigkeit objektiv schwieriger geworden und wird in der Wohlstandsgesellschaft auch subjektiv als beschwerlich empfunden. Gerade auch diese Erscheinung verlangt nachdrücklich, dass der Mut zum Risiko nicht mit immer weitergehenden Auflagen erschwert, sondern belohnt wird. Dies ist die beste und einzige Voraussetzung für eine langfristige Beschäftigungssicherung. Die gewerbliche Wirtschaft leistet daran gerne ihren Beitrag.

*

Auch im benachbarten Ausland hat man die konjunkturstabilisierende Wirkung des Gewerbes erkannt. Nicht zuletzt deshalb hat das Europäische Parlament auf Antrag der Internationalen Gewerbeunion beschlossen, 1983 als Jahr der Klein- und Mittelbetriebe auszurufen. Wir helfen gerne mit, diesen Gedanken über die Europäische Gemeinschaft hinaus zu tragen. Aber: Mit Rhetorik allein ist der gewerblichen Wirtschaft nicht geholfen. Sie fordert keine Subventionen, sondern Freiraum und Entfaltungsmöglichkeit. Der politische Kampf des Gewerbes ist einzig und allein darauf ausgerichtet.

Staatliches Seminar Thun **STELLENAUSSCHREIBUNG**

Am Staatlichen Seminar Thun ist infolge des Ausbaus der Berufsbildung auf Frühling 1983 folgende Stelle neu zu besetzen:

1 Hauptlehrstelle Pädagogik/Psychologie evtl. in Verbindung mit allgemeiner Didaktik

Wir erwarten vom neuen Stelleninhaber:

- abgeschlossenes bzw. vor dem Abschluss stehendes Hochschulstudium
- Lehrpatent und Erfahrung auf der Volksschulstufe
- Fähigkeit, Seminaristen zu unterrichten, zu betreuen und zu beraten
- Bereitschaft, in einem Team am Seminar mitzuarbeiten und neben dem Unterricht auch Organisations- und Koordinationsaufgaben zu übernehmen
- Fähigkeit, mit den Übungslehrern zusammenzuarbeiten und bei deren Fortbildung mitzuwirken

Bewerbungen sind unter Beilage der üblichen Dokumente (Lebenslauf, Lehrpatente, Zeugnisse) bis zum 31. Oktober 1982 zu richten an die Erziehungsdirektion des Kantons Bern, Abteilung Unterricht, Sulgeneckstrasse 70, 3005 Bern.

Weitere Auskünfte erteilt die Direktion des Staatlichen Seminars Thun, Aeussere Ringstrasse 7, 3600 Thun, Tel. 033 22 16 16.

Schulmöbel für alle Schulstufen

Das Mobil-Fabrikationsprogramm umfasst Schulmöbel für alle Altersstufen. Den jeweiligen Besonderheiten trägt Mobil durch gutdurchdachte Konstruktion ganz besonders Rechnung. Vorzügliches Material und gepflegte Details kennzeichnen die Mobil-Schulmöbel und ergeben die bekannte Mobil-Qualität.

Eine ausgesprochene Mobil-Spezialität ist die Planung und die Ausführung von Spezialmöblierungen in Zusammenarbeit mit Architekt und Lehrerschaft. Der gut ausgebaute Mobil-Kundendienst ist sprichwörtlich.



Mobil-Werke
U. Frei AG
9442 Berneck
Tel. 071 71 22 42



Zu Ihrer Orientierung



Wenn Sie Ratsuchende betreuen müssen, wenn Sie für sich selber ein Wissensgebiet neu aufbereiten wollen:

Hier die Schwerpunkte des AKAD-Programms.

Das Studium ist unabhängig von Wohnort und Berufsarbeit - Beginn jederzeit. Qualitätsbeweis: über 7 000 Diplomanden.

Einzelfächer

Englisch ● Französisch ●
Italienisch ● Spanisch ● Latein

Deutsche Sprache ● Deutsche
Literatur ● Korrespondenz

Psychologie ● Erziehungs-
psychologie ● Soziologie ●
Politologie

Geschichte ● Geographie

Mathematik ● Physik ●
Chemie ● Biologie

Buchhaltung ● Wirtschafts-
fächer

Diplomstudiengänge

Eidg. Matura Typus B, C, D, ●
Aufnahmeprüfung ETH/HSG

Bürofachdiplom VSH ●
Handelsdiplom VSH ●
Eidg. Fähigkeitszeugnis

Englischdiplome Universität
Cambridge ● Französischdiplome
Alliance Française ●
Italienischdiplom CCT ●
Deutschdiplome ZHK

Eidg. Buchhalterdiplome ●
Eidg. Bankbeamtendiplom ●
Eidg. dipl. Kaufmann K + A ●
Diplom Betriebsökonom AKAD

Persönliche Auskünfte:

AKAD-Seminargebäude Jungholz
(Oerlikon)
Jungholzstr. 43, 8050 Zürich
Telefon 01/302 76 66

AKAD-Seminargebäude Seehof
(b. Bellevue)
Seehofstr. 16, 8008 Zürich,
Telefon 01/252 10 20

— — — — Informationscoupon — — — — ✂

An AKAD, Jungholzstrasse 43, 8050 Zürich

«69»

Senden Sie mir bitte unverbindlich Ihr ausführliches Unterrichtsprogramm

Name: _____

Strasse: _____

Plz./Wohnort: _____

Keine Vertreter!

982



Nagra-Film

Die Nagra hat für Schulen mit einfachen Mitteln einen Kurzfilm geschaffen:

Die radioaktiven Abfälle müssen beseitigt werden

Aus dem Inhalt:
radioaktive Abfälle,
Gesetzesbestimmungen,
Aufgabenteilung,
Endlagerkonzepte,
Sicherheitsbarrieren,
Forschungsprogramme,
Probebohrungen

Verleih: Schweizer
Schul- und Volksskino,
Bern, 031/23 08 31,
oder Schmalfilm AG,
Zürich, 01/491 27 27

Textheft: Nagra,
Baden, 056/20 55 11

16-mm-Farbtonfilm
Vorführzeit: 15 min.



Nagra

Nationale Genossenschaft
für die Lagerung
radioaktiver Abfälle

Sprachkurse an der Côte d'Azur

Intensiv-, Ferien- und Langzeitkurse. Examenskurse (Alliance Française) für Schüler und Erwachsene.

Spezialferienprogramm in den Oster- und Sommerferien.

Deutschsprachige Auskunft und Freiprospekt: Ecole Actilangue, 2, Rue Alexis Mossa, 06000 Nizza (F), Tel. (003393) 53 33 84.

Berghotel Distelboden

6061 Melchseefrutt
(1920 m ü. M.)

Neu im Winter 1983

8-Bett-Zimmer mit neuzeitlichen sanitären Einrichtungen, dazu die herkömmlichen 12er-Massenlager. Im Winter 1983 sind noch verschiedene Daten frei. Vollpension ab Fr. 23.-

Auskunft:
Frl. E. Strahm,
Telefon 041 67 122 66

Winterferien im Engadin

Wir vermieten unser Personalhaus an Gruppen von 10 bis 45 Personen.

Halb- oder Vollpension zu günstigen Preisen.

Bezzola & Cie AG
7550 Scuol
Telefon 084 9 03 36

**Nicht
studieren —
inserieren!**